

Blick auf den Rat am 23. September 2021

Einige Personalien

Wir begrüßen Ina Polomski-Tölle als neues Mitglied unserer Ratsfraktion. Ina Polomski-Tölle nimmt als „Nachrückerin“ über unsere Reserveliste den Platz von Justine Grollmann ein, die nach über 12 Jahren aufgrund eines Wohnortwechsels aus dem Rat der Stadt Dortmund ausgeschieden ist. Anlässlich der Ratssitzung standen erst einmal die feierliche Einführung in das Amt und die Verpflichtung auf die damit verbundenen Aufgaben durch den Oberbürgermeister an. Auf Vorschlag unserer Fraktion wurde Ina Polomski-Tölle im vergangenen Jahr zur sachkundigen Bürgerin im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit bestellt. Als Ratsmitglied wird sie sich künftig im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen sowie im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden einbringen. Weitere Personalien: Dr. Angela Frommeyer scheidet auf eigenen Wunsch als sachkundige Bürgerin aus dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften aus. André Buchloh und Felix Krahn haben wir als sachkundige Bürger für den Schulausschuss vorgeschlagen. Tanja Flur wechselt als sachkundige Bürgerin vom Schulausschuss in den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit.



Dr. Eva-Maria Goll ist in unserer Fraktionssitzung am 20.09.2021 als Beisitzerin in den Fraktionsvorstand gewählt worden. Damit ist unser Vorstand rechtzeitig zu den anstehenden Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2022 wieder komplett aufgestellt. Eva-Maria Goll ist seit 2014 Mitglied des Rates und war zuvor Mitglied unserer Fraktion in der Bezirksvertretung Hörde. Als schulpolitische Sprecherin ist sie unsere Stimme im Schulausschuss. Darüber hinaus ist Eva-Maria Goll Mitglied im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün. Die Neubesetzung der Beisitzerposition ist auch mit dem Ausscheiden unserer langjährigen Fraktionskollegin Justine Grollmann verbunden.

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2022

Kämmerer und Stadtdirektor Jörg Stüdemann hat dem Rat der Stadt Dortmund den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2022 vorgestellt.

Der Haushaltsplanentwurf sieht ein Haushaltsvolumen von rund 2,9 Mrd. Euro vor. Das Haushaltsjahr 2022 schließt nach dem Haushaltsplanentwurf mit einem Defizit von 28,9 Mio. Euro ab. Dieser Fehlbetrag kann nach dem heutigen Stand aus der verfügbaren Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Dies hat positiv zur Folge, dass der Haushalt der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde lediglich anzuzeigen ist, aber keinem Genehmigungsvorbehalt unterliegt, wie dies in den zurückliegenden Haushaltjahren der Fall war.

Dass wir heute in der Lage sind, über einen 2,9 Mrd.-Euro schweren Haushaltsplanentwurf zu beraten, der ein Defizit von „nur“ 28,9 Mio. Euro ausweist, ist ein Verdienst unserer CDU-Finanzpolitik! Wir fahren weiter die Ernte des von uns 2015 angestoßenen Zukunftspakts „Die Stadt zuerst (Memorandum)“ ein, der über eine Laufzeit von fünf Jahren zur fortwirkenden strukturellen Entlastung des Dortmunder Haushalts in Höhe von rund 68,5 Mio. Euro geführt hat. Ohne Belastungen oder Einschnitte für die Bürgerinnen und Bürger. Unter dem Titel „Memorandum II“ fand unsere Idee im Jahr 2020 eine erste Fortsetzung, die zu weiteren jährlichen Einsparungen in Höhe von 30 Mio. Euro führte, die in der aktuellen Haushaltsplanung Berücksichtigung finden. Nun dient unser Ansatz auch als Blaupause zur Bewältigung der mittel- und unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den städtischen Haushalt, die auf rund 434 Mio. Euro taxiert werden. Mit neuem Etikett findet unsere Memorandumsidee nun mit dem vom Rat beschlossenen Programm [„Eigene Kraft“](#) weitere Fortsetzung. Ziel ist es, die pandemiebedingten Haushaltsfolgen aus eigener Kraft zu bewältigen und handlungsfähig zu bleiben. Erreicht werden soll dies u. a. durch die Optimierung von Geschäftsprozessen oder die Ausnutzung gesamtstädtischer Synergieeffekte.

Wichtig ist uns, dass all dies ohne Steuererhöhungen, ohne Leistungskürzungen, ohne Schließungen von Einrichtungen geschieht und in die Entwicklung unserer Stadt investiert wird. Insofern begrüßen wir, dass der Haushaltsplanentwurf ohne Steuererhöhungen auskommt und ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 500 Mio. Euro veranschlagt ist.

Auf die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs im Rat folgen die Haushaltsberatungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen des Rates.

Unsere Fraktion wird sich in den kommenden Wochen intensiv mit dem Zahlenwerk auseinandersetzen und in den Fachausschussfraktionen eigene Akzente erarbeiten. Anfang November tragen wir unsere Überlegungen im Rahmen einer zweitägigen Haushaltsklausur zusammen. Mit den Ergebnissen unserer Klausurtagung gehen wir in die finale Phase der Haushaltsberatungen. Der Rat soll den Haushaltsplanentwurf in seiner Sitzung am 16. Dezember

2019 abschließend beraten. Die beschlossene Haushaltssatzung wird anschließend der Bezirksregierung zur Anzeige vorgelegt.

Corona: Raus aus der Pandemie!

Wir wollen raus aus der Pandemie und vor Ort alles dafür tun, jede weitere Infektionswelle zu verhindern. Deshalb haben wir zur Ratssitzung erneut den Tagesordnungspunkt „Corona“ angemeldet und in einem [Antrag](#) Maßnahmen zur Steigerung der Impfquote sowie zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gefordert.

Die Corona-Schutzimpfung ist aus unserer Sicht aktuell der zielführende Weg, die Ausbreitung des Corona-Virus zu stoppen. Jede Impfung zählt! Wir wollen, dass die Stadt Dortmund ihre Impfkampagne weiterentwickelt und um weitere Bausteine anreichert, die Impfangebot und Ungeimpfte zusammenbringen. Darüber hinaus wollen wir die schützen, für die es derzeit noch kein Impfangebot gibt, unsere jüngeren Kinder in Schulen und Kitas. Für prüfenswert halten wir den flächendeckenden Einsatz eines vom Max-Planck-Institut für Chemie (MPIC) entwickelten ventilatorgestützten Fensterlüftungssystems.

Mit großer Mehrheit hat der Rat unsere einzelnen Forderungen beschlossen:

- Zur Steigerung der Impfquote bei den über 12-Jährigen sollen die im gesamten Stadtgebiet verteilten Schulzentren und Gesamtschulstandorte regelmäßig und mit ausreichender Vorankündigung von sogenannten „Impfbussen“ angefahren bzw. mit mobilen Impfteams aufgesucht werden.
- Wo erreicht man zielsicher möglichst viele bislang Ungeimpfte? - An Testzentren! Deshalb fordern wir, an besonders frequentierten Corona-Schnelltest-Zentren mit Impfbussen oder mobilen Impfteams Impfangebote zu schaffen.
- Land und Bund haben die Fördermöglichkeiten für den Einsatz mobiler Luftreinigungsgeräte in schlecht lüftbaren Räumlichkeiten auch auf Kindertageseinrichtungen erweitert. Wir wollen wissen, ob die Stadt davon zur Ausstattung der Kitas in Dortmund Gebrauch gemacht hat.
- Schließlich möchten wir die die Verwaltung beauftragen, den flächendeckenden Einsatz des vom Max-Planck-Institut für Chemie (MPIC) entwickelten ventilatorgestützten Fensterlüftungssystems in Klassenzimmern und Kindertageseinrichtungen zu prüfen. Nähere Informationen dazu unter: <https://www.ventilation-mainz.de>

Zugestimmt haben wir der Ausweitung der Lolli-PCR-Pooltestungen in der Kindertagesbetreuung auf insgesamt 320 Kitas. Aufbauend auf den Erfahrungen des zwischen Juni und August in 26 ausgewählten Kindertageseinrichtungen durchgeführten Modellvorhabens sollen die Lolli-PCR-Tests nach den Herbstferien zunächst in ausgewählten Kitas in den Hochinzidenz-Quartieren zum Einsatz kommen, die in einem Monitoring des Jugendamtes mit dem Gesundheitsamt festgelegt werden.

Feuerwehr Dortmund: Neubau Technikzentrum und Zentrallager für Katastrophenschutz

Die CDU-Fraktion unterstützt den Bau des neuen Technikzentrums nebst Zentrallager in Dortmund Eving. Angesichts des hohen Investitionsvolumens von rund 48 Mio Euro haben wir die Notwendigkeit des Vorhabens gründlich hinterfragt. Am Ende waren wir aber davon überzeugt, dass die Maßnahme im Interesse der Funktions- und Leistungsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz vonnöten ist. Bereits im letzten Brandschutzbedarfsplan aus 2012 war der Neubau eines Technikzentrums der Feuerwehr verankert. Heute – 9 Jahre später – ist dieser Neubau dringender denn je. Die heutige KFZ- und Gerätewerkstatt der Feuerwehr Dortmund befindet sich in einem für die Aufgaben der Feuerwehr umgebauten ca. 100 Jahre alten ehemaligen Straßenbahndepot. Was ursprünglich als Provisorium gedacht war, wird mittlerweile seit Jahrzehnten als Werkstatt für die ca. 300 Fahrzeuge und unzähligen Geräte des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes genutzt. Stetig anwachsende Einsatzzahlen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes, hinzukommende Naturkatastrophen – wie beispielsweise die Überschwemmungen im Juni dieses Jahres - haben die Notwendigkeit eines neuen Technikzentrums gezeigt. Die Gerätschaften für den Katastrophenfall sind auf Grund der Platznot im derzeitigen Fahrzeug- und Gerätezentrum auf mehrere Feuerwachen im gesamten Stadtgebiet verteilt.

Sirenenwarnsystem als Baustein unserer Sicherheit

Auf unsere ungeteilte Zustimmung trifft der Beschluss des Rates, das komplette Stadtgebiet sukzessive mit einem [flächendeckenden System zur Warnung der Bevölkerung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen](#) auszustatten. Die Flutkatastrophe im Juni dieses Jahres zeigt, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, in Notsituationen rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um sich und ihr Hab und Gut zu schützen. Da seinerzeit deinstallierten Sirenen könnten heute aufgrund ihres analogen Anschlusses nicht mehr mit der heutigen Technik betrieben werden. Daher ist der jetzige Ausbau bzw. Wiederaufbau von Sirenen ein wichtiger Bestandteil des Katastrophenschutzes in unserer Stadt und ein Baustein unserer Sicherheitsarchitektur.

Betriebliche Kinderbetreuung der Stadt Dortmund

Betriebliche Kinderbetreuung bei der Stadt Dortmund haben wir bereits schon vor Jahren gefordert. Eine Verwaltung mit über 10.000 Beschäftigten sollte Vorbild bei der betrieblichen Kinderbetreuung sein und gute Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bieten. Für die Stadt als Arbeitgeberin stellt das Angebot einer betrieblichen Kinderbetreuung zudem ein wichtiges Instrument im Wettbewerb um die „besten Köpfe“, ein Mittel der Personalgewinnung und –bindung dar.

Dass jetzt mit insgesamt 60 Plätzen - verteilt auf alle 12 Stadtbezirke mit je 5 Plätzen - ein Anfang gemacht wird, begrüßt die CDU. Die vom Personalamt mit 500 Plätzen bezifferte Zahl der Betreuungswünsche geht allerdings weit darüber hinaus. Daher fordern wir in einem [Zusatz-/Ergänzungsantrag zur Verwaltungsvorlage](#), dass verwaltungsnah in der Dortmunder City umgehend eine sog. Großpflegestelle für die Betreuung der Kinder städtischer MitarbeiterInnen eingerichtet wird. Unsere Fraktion wäre in der Lage gewesen, in der letzten Ratssitzung die Schaffung einer betrieblichen Kinderbetreuung zu beschließen. Die Befassung mit der Angelegenheit wurde allerdings auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die November-Sitzung des Rates geschoben.

Barrierefreiheit ÖPNV-Haltestellen

Die Nahverkehrsplanung ist an dem Ziel auszurichten, für die Nutzung des ÖPNV bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. So steht es seit Anfang 2013 im Personenbeförderungsgesetz. Gut ein halbes Jahr vor diesem Stichtag ist die Wirklichkeit in Dortmund eine andere: Was die Barrierefreiheit von ÖPNV-Haltestellen angeht, steht Dortmund im interkommunalen Vergleich überhaupt nicht gut da. Mit einer Quote von nur 30 Prozent hinken wir anderen Ruhrgebietsstädten deutlich hinterher. Nur zum Vergleich: Oberhausen kommt auf 94 Prozent. Um das schnellstmöglich zu ändern und endlich alle Haltestellen in unserer Stadt barrierefrei zu gestalten, haben wir im Frühjahr 2021 mit dem einstimmig beschlossenen Antrag zur „Barrierefreiheit im ÖPNV“ im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen den Druck auf die Fachverwaltung erhöht und konkrete Maßnahmen zur Abstellung des Missstandes eingefordert.

Den Fachausschüssen für Mobilität, Infrastruktur und Grün (AMIG), für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen (AKUSW) und dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lag jetzt der [„Fachbeitrag Barrierefreie Bushaltestellen“](#) zur Beratung und Empfehlung vor. Der Rat befindet über die Verwaltungsvorlage in seiner Sitzung am 18. November 2021. Anknüpfend an das Bushaltestellenprogramm 2016 - 2017 werden darin in Zusammenarbeit mit dem Behindertenpolitischen Netzwerk und DSW21 die noch nicht barrierefrei umgestalteten Bushaltestellen priorisiert. Angesichts der großen Zahl von 1226 noch nicht barrierefreien Haltestellen, sind wir unzufrieden, dass lediglich 30 Haltestellen pro Jahr in Angriff genommen werden sollen. Wir erwarten, dass die Verwaltung endlich aufs Gas drückt. Zumal der VRR ab sofort 100% der Kosten für neue Maßnahmen zur Herstellen der Barrierefreiheit übernimmt, was am Tag unserer Ratssitzung bekannt wurde. Ein so wichtiges Thema darf nicht so stiefmütterlich behandelt und über Jahre hinweg verschleppt werden. Dass es anders geht, beweist Oberhausen! Wir erwarten, dass die Fördermittel des VRR zügig abgerufen werden, um Menschen mit Beeinträchtigung, Älteren oder Eltern mit Kinderwagen einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu ermöglichen.

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV: Neue Schnellbuslinie im Dortmunder Westen verbindet Mengede mit TU und TZDO

Wir freuen uns über den Zuschlag für eine neue [Schnellbuslinie \(X-Bus Linie\)](#), die eine Verbindung von Datteln über Waltrop, Mengede, Huckarde und Dorstfeld in den Bereich von TU Dortmund und Technologiezentrum Dortmund schafft. Dadurch wird die ÖPNV-Anbindung im Westen unserer Stadt attraktiver und ein Anreiz geschaffen, auf den ÖPNV umzusteigen. Insgesamt sind 80 denkbare Schnellbuslinien im Einzugsbereich des VRR betrachtet und bewertet worden. Mittels einer Fahrgastprognose kristallisierten sich 12 Strecken mit dem höchsten Mehrnutzen (Zuwachs an Fahrgästen) heraus. Von diesen sollen sieben bereits im nächsten Jahr an den Start gehen. Die Strecke im Dortmunder Westen gehört dazu!

Für die neuen X-Bus Linien stellt das Land insgesamt 1,25 Mio. Euro Fördermittel zur Verfügung. Die X-Bus Linie in Dortmund wird werktags in einem 30-Minuten-Takt und abends wie am Wochenende stündlich verkehren. Das neue ÖPNV-Angebot wird auch dadurch interessant, dass eine Anschlussplanung an das bestehende SPNV-Netz bei der Erstellung der X-Bus-Fahrpläne berücksichtigt wurde.

Ziel der regionalen Schnellbusse ist es,

- neue Direktverbindungen zu schaffen,
- (schnelle) Querverbindungen zwischen SPNV-Linien zu realisieren,
- schienenferne Orte an das SPNV-Netz (Zubringerfunktion) anzubinden,
- neue, schnelle Verbindungen zwischen Städten und relevanten Stadtteilen herzustellen,
- neue, schnelle und umsteigefreie Relationen zu Universitäten und Flughäfen zu bieten.

Förderprojekt „Emissionsfreie Innenstadt“

Zustimmen konnten wir den drei Verwaltungsvorlagen im Rahmen des Förderprojekts „Emissionsfreie Innenstadt“

- [Fahrradhäuser in der City](#)
- [Maßnahme Fahrradbügel](#) und
- [Förderung der Elektromobilität im Taxiverkehr](#).

Unseren Bedenken zum ursprünglichen Plan eines „Radhauses am Rathaus“ als Einzelanlage mit rund 100 bis 150 Fahrradabstellplätzen hat die Verwaltung Rechnung getragen. Wir hielten den dafür angedachten Standort, den Stadtgarten, damals für falsch gewählt. Dieser Ansicht hat sich die Verwaltung inzwischen angeschlossen. Nun sind mehrere Fahrradhäuser mit bis zu 50 Plätzen an den Standorten Olpe, Hansasträße, Platz von Hiroshima und Friedensplatz mit unserer Zustimmung beschlossen worden.

Ähnliches gilt in Bezug auf die Förderung von E-Taxen: In seiner Sitzung am 18. Juni 2020 hat der Rat gegen unsere rechtlichen Bedenken die Bevorrechtigung von E-Taxen am Dortmunder Hauptbahnhof beschlossen. Nun hat der Rat diesen Beschluss wieder kassiert und die Vergabe eines Rechtsgutachtens zur Würdigung denkbarer Maßnahmen zur Förderung/Bevorrechtigung von E-Taxen beschlossen.

Westfalahallen

Auf der Tagesordnung des Rates stand auch das für die Westfalahallen Unternehmensgruppe schwierige und kontrovers diskutierte Thema der Schließung/Öffnung des von Teilen der Öffentlichkeit gern genutzten [Verbindungsweges zwischen den Hallen 3 und 4](#) in Richtung Stadion/Bolmke bzw. Lindemannstraße. Ein Kompromissvorschlag lag auf dem Tisch. Dieser sieht eine grundsätzliche Öffnung des Weges bei der Möglichkeit notwendiger vorübergehender Schließungen anlässlich großer Messen oder Veranstaltungen vor. Damit löst sich aber nicht das grundsätzliche Problem, dass der Verbindungsweg Betriebsgelände darstellt! Der Messe- und Veranstaltungsbetrieb und der damit verbundene Logistikverkehr mit Anlieferungen, Auf- und Abbauarbeiten, etc. schaffen eine nur schwer zu beherrschende Gefahrenquelle für Passanten. Mit erheblichen Gefahrenpotential, wie ein extra eingeholtes DEKRA-Gutachten zur Beurteilung der Gefährdungslage bescheinigt. Ein ergänzendes Rechtsgutachten kommt zum Ergebnis, dass im Schadensfall ein hohes zivilrechtliches, möglicherweise aber strafrechtliches Haftungsrisiko wegen der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten besteht. Nicht nur für Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Westfalahallenunternehmensgruppe, sondern auch für Ratsmitglieder, die im Bewusstsein der Gefahrensituation den Verbindungsweg mit einem Ratsbeschluss absegnen.

Unsere Fraktion war zur Ratssitzung klar aufgestellt. Wir hätten alle Punkte der Verwaltungsvorlage, die sich für eine grundsätzliche Öffnung des Verbindungsweges zwischen den Westfalahallen aussprechen, abgelehnt!

Nicht alles, was wünschenswert ist, lässt sich bei vernünftiger Betrachtung auch umsetzen. Das Areal zwischen den Hallen ist Betriebsgelände und kein Freizeitpark! Wir sprechen uns für die einzig vernünftige Lösung aus: Der kürzeste Weg ist nicht immer der beste! Anstelle des gefährlichen und in den Risiken kaum beherrschbaren Durchgangsweges zwischen den Hallen, favorisieren wir die Wegführung über eine zu bauende Fuß- und Radwegrampe westlich des Eissportzentrums zu den Rosenterrassen. Damit ist allen geholfen. Der Bau dieser Rampe ist auch Gegenstand der Verwaltungsvorlage zu dem Wegführung über/um das Betriebsgelände der Westfalahallen.

Zu einem Beschluss kam es in der letzten Ratssitzung noch nicht. Mit Zustimmung unserer Fraktion hat der Rat beschlossen, die Entscheidung zu vertagen und die Angelegenheit zuvor noch einmal in den Fachausschüssen zu beraten. Wir halten dies für vernünftig, um zu einer sachgerechten und in jeder Hinsicht sicheren Entscheidung zu kommen.

Stadtbahnentwicklungskonzept

Den vorgelegten Sachstandsbericht zur Fortschreibung des [Stadtbahnentwicklungskonzepts](#) haben wir zur Kenntnis genommen. Unser dazu im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen gestellter [Antrag](#) fließt wie alle anderen Anregungen, Anträge und Empfehlungen in den weiteren Begutachtungsprozess ein. Die Ergebnisse werden den politischen Gremien dann nach Abschluss des Prüfverfahrens in etwa 1,5 bis 2 Jahren vorgestellt.

Studijobs bei der Stadt Dortmund

Positiv begleitet haben wir das von der Verwaltung vorgelegte [Konzept für Studijobs bei der Stadt Dortmund](#). Zunächst sind 20 Werkstudentenjobs vorgesehen. Wir sehen darin für beide Seiten einen Gewinn: Für die Studierenden bietet sich die Gelegenheit in die verschiedensten Berufsfelder viel vertiefter als im Rahmen eines Praktikums hineinzuschauen und wertvolle Praxiserfahrung zu sammeln, verbunden mit der möglichen Perspektive des Berufseinstiegs. Für die Stadt sind die Studijobs ein vielversprechendes Instrument der Nachwuchsgewinnung. Was wichtig ist: Immerhin scheiden in den nächsten 15 Jahren etwa 40% des aktuellen Personals altersbedingt aus den Diensten der Stadt Dortmund aus, darunter zwei Drittel aller heutigen Führungskräfte.

Ehemaliger Kirchenstandort Lindenhorst wird zu einer Tageseinrichtung für Kinder umfunktioniert

Aufgrund stetig steigenden Kinderzahlen in Dortmund und der Tatsache, dass alle Kinder ab der Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben, unterstützen wir den Umbau und die Erweiterung des ehemaligen Kirchenstandorts in Lindenhorst zu einer TEK mit vier Gruppen.

Um den stetig wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, war die CDU-Fraktion maßgeblich daran beteiligt, dass in Dortmund eine 50%ige Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren festgelegt wurde. Um diese Quote auch in den nächsten Jahren bedarfsgerecht zu erfüllen, ist es zwingend erforderlich, neben städtischen Eigenrealisierungen auch Bauvorhaben privater Investoren auf städtischen und privaten Grundstücken umzusetzen. Die Idee, leergezogene Gebäude – welcher Art auch immer – zu einer TEK umzufunktionieren bzw. die Grundstücke dafür zu nutzen zeigt, dass Kommunen sich heute flexibel zeigen müssen, wollen sie die Bedarfe an Kinderbetreuung decken.